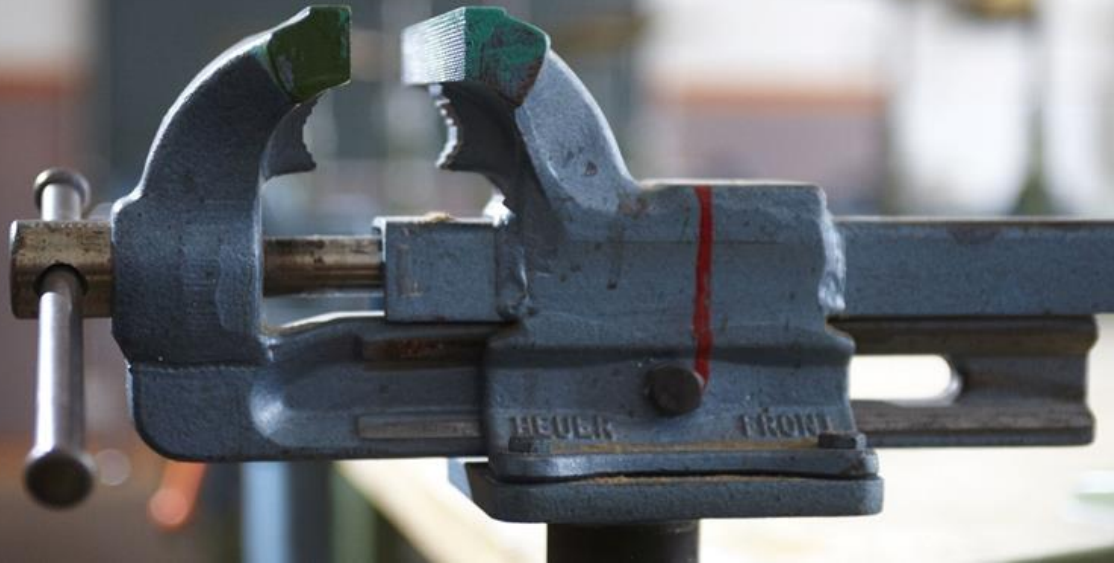


// INFOBLATT BERUFSBILDUNG • Juni 2020 //



Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die duale Berufsausbildung +++ GEW bringt „Pakt für berufliche Schulen“ in die DGB-Beratungen ein +++ GEW-Bundestagung Politische Bildung und Professionalisierung

// Der aktuelle Ausbildungsmarkt ist derzeit von großen Unsicherheiten geprägt. Das betrifft die Bewerber*innensituation genauso wie die Situation der angebotenen Ausbildungsstellen. Aktuell sind bei der BA ca. 8 Prozent weniger Bewerber*innen gemeldet als im Vorjahr. Das ist unter Berücksichtigung der verbleibenden Zeit bis zum Ausbildungsbeginn 2020 ein Alarmsignal. //

In einer [Untersuchung](#) für das Bundesinstitut für Berufsbildung von Tobias Maier werden verschiedene Szenarien vorgestellt, die sowohl aufschlussreich als auch besorgniserregend sind. So wird die aktuelle Corona-Krise mit der Wirtschaftskrise 2008/2009 und den Auswirkungen auf den Ausbildungsmarkt verglichen. Demnach ist für eine Prognose des Ausbildungsplatzangebotes bzw. von neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch das Ausbildungsinteresse von Jugendlichen relevant. Die vergleichsweise ungünstigeren Ausbildungschancen von Jugendlichen führen laut Maier auch dazu, dass studienberechtigte Jugendliche, die möglicherweise ein Interesse an einer dualen Berufsausbildung gehabt hätten, sich für ein vermeintlich „krisensicheres“ Studium entscheiden. Schüler*innen mit mittlerer Reife versuchen hingegen, ihre Marktchancen zu verbessern, indem sie über Fachgymnasien oder Fachoberschulen eine (Fach)Hochschulreife erwerben.

Und, so Maier, je mehr der besserqualifizierten Jugendlichen ihr Ausbildungsinteresse zurücknehmen, desto eher werden auch Besetzungsprobleme für Betriebe wahrscheinlich. Denn

gerade in Krisenzeiten könnten von der Krise betroffene Unternehmen, Praxen und Verwaltungen voraussichtlich weniger Anstrengungen unternehmen, um benachteiligte Jugendliche zu einem Ausbildungsabschluss zu führen.

Wie die Analysen des Jahres 2009 gezeigt haben, ist es möglich, dass die Jugendlichen sich aufgrund der (vermeintlich) schlechteren Ausbildungslage durch die Corona-Pandemie von einem Ausbildungswunsch nach BBiG/HwO abwenden und stattdessen einen allgemeinbildenden Schulabschluss nachholen oder ein Studium aufnehmen. Letzteres ist für Abiturient*innen eine Alternative. Deren Anteil an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen stieg von 20,3 Prozent im Jahr 2009 bislang kontinuierlich auf 29,2 Prozent im Jahr 2017 an. Würde sich ihr Anteil wieder reduzieren, würde sich auch das Nachfragepotenzial entsprechend verringern.

Die Zahl der unvermittelten Bewerber*innen für eine Berufsausbildung könnte bei einem Wachstumseinbruch von 11,2 Prozent auf bis zu 97.900 Personen ansteigen. Dies wären 24.200 Personen mehr als im Jahr 2019 (73.700). Bei einem unverminderten Ausbildungsinteresse (Nachfragepotenzial) und einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bis zu 7 Prozent läge die Zahl der unvermittelten Bewerber*innen bei maximal 89.700 Personen und damit nur um maximal um 16.000 höher als im Jahr 2019. Ginge das Nachfragepotenzial ebenso zurück, wäre bei 7 Prozent BIP-Rückgang mit maximal 88.500 unvermittelten Bewerber*innen zu rechnen.

Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge wird im Jahr 2020 voraussichtlich weniger als 500.000 Neuabschlüsse betragen und damit mindestens 25.000 weniger als im Jahr 2019. Bei einem Rückgang des BIP um 7 Prozent und einem gleichzeitigen Rückgang des Nachfragepotenzial könnte die Zahl der Neuabschlüsse unter Berücksichtigung der Unsicherheiten der Schätzung jedoch auch auf bis zu 460.000 Verträge fallen. Bei einem Wirtschaftseinbruch im zweistelligen Prozentbereich wird die Zahl der Neuabschlüsse aller Voraussicht nach unter 460.000 Verträgen liegen.

Die Allianz für Aus- und Weiterbildung, in der die GEW auch vertreten ist, hat aktuell konkrete Schwerpunkte und Maßnahmen vereinbart, um die derzeitige Ausbildung erfolgreich fortzuführen bzw. abzuschließen und darüber hinaus die in diesem Jahr startende Ausbildung zu sichern. Diese sind [hier](#) nachzulesen. Die GEW weist darauf hin, dass nicht nur die duale Ausbildung, sondern auch die vollzeitschulische Ausbildung – insbesondere in den Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialberufen – eines Schutzes im Zeichen der Corona-Pandemie bedürfen.

GEW bringt „Pakt für berufliche Schulen“ in die DGB-Beratungen ein

Bereits seit dem Sommer 2016 fordert der DGB vor dem Hintergrund des Mangels an technischer Ausstattung, an einem flächendeckenden Berufsschulangebot und dem fehlenden Lehrkräftenachwuchs einen „Berufsschulpakt“. Die GEW hat die untenstehende Liste erforderlicher Maßnahmen in die Beratungen des Bildungspolitischen Ausschusses mit dem Ziel einer Fokussierung eingebracht. Eine DGB-Arbeitsgruppe will sich demnächst mit dem Forderungskatalog befassen.

- institutionelle Umsetzung einer Ausbildungsgarantie einschließlich einer Stärkung der Unterstützungsinstrumente (Assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, ...) Verbesserung der Sprachförderung an beruflichen Schulen
- dauerhaft verbesserte Ausbildungsbedingungen an den Hochschulen und den Studienseminaren für das Lehramt an beruflichen Schulen dauerhafte Reduzierung der überdurchschnittlich hohen Arbeitszeiten der Lehrkräfte
- dauerhaft eingerichtete Fortbildungsstrukturen
- dauerhafte Unterstützung zur Umsetzung einer inklusiven Berufsbildung
- multiprofessionelle Teams an den beruflichen Schulen, insbesondere dauerhafte Zusammenarbeit mit Sozialpädagogen/innen, zur Erfüllung des Kerngeschäfts
- stärkere Berücksichtigung und Unterstützung des Einsatzes der Lehrkräfte in Berufsbildungsausschüssen und Prüfungskommissionen
- Stärkung der Politischen Bildung zur Umsetzung des Erziehungs- und Bildungsauftrags der beruflichen Schule
- Unterstützung bei der Erfassung und Durchsetzung der

Berufsschulpflicht in den Ländern

- Etablierung dauerhafter Kooperationen (mit der Bundesagentur für Arbeit, Jugendberufshilfe, ...)
- Prüfung eines gesetzlichen Auftrags zur möglichen Beteiligung beruflicher Schulen in der beruflichen Weiterbildung
- Berufliche Schulen als Ganztageseinrichtung anerkennen und ausbauen (s.u.).
- Berufliche Schulen sind de facto Ganztageseinrichtungen; hierfür fehlen jedoch grundlegende Ausstattungen, deren Einrichtungen mit einem Berufsschulpakt dauerhaft etabliert werden können:
- Schulmensen
- Wohnheime für beruflich zu Qualifizierende, insbesondere vor dem Hintergrund der bereits erfolgten Konzentration von Standorten
- Hierzu gehören auch multiprofessionelle Teams (einschl. Psychologen, Ärzte, Verwaltungskräfte)
- Kindertagesstätten bzw. Horte für die Kinder der Lehrenden und Lernenden
- Verbesserung der sachlichen Ausstattung einschließlich der Gewährung von Arbeitsmitteln für Schüler/innen und Lehrkräfte
- Mobilitätsunterstützung der beruflich zu Qualifizierenden
- Mindestausstattung für berufliche Schulen im Rahmen des Digitalpakts Schule (vgl. George, Roman / Klinger, Ansgar: Mehrbedarfe für eine adäquate digitale Ausstattung der berufsbildenden Schulen im Lichte des Digitalpakts, Frankfurt/M. 2019, S. 11.): Internet-Anbindung; LAN; WLAN; Zentrale Dienste; Wartung und Support; Prozesskosten; Endgeräte; Computerräume; Standard-Softwarelizenzen einschl. Landeslizenzen; Präsentationsmedien; Multifunktionsgeräte; Endgeräte Lehrkräfte.

NEWS

GEW-Bundestagung am 18./19. Juni in Schwerin (Anmeldung bereits geschlossen)
Politische Bildung und Professionalisierung

Die Tagung wird unter den neuesten Auflagen der Hygienemaßnahmen und unter Einhaltung der Mindestabstände stattfinden. Ein Bericht u.a. zur Schweriner Erklärung der GEW für eine Stärkung der politischen Bildung in Berufs- und Weiterbildung folgt in der nächsten Ausgabe des Infoblatts.

Angemeldete werden über Änderungen per E-Mail informiert